

[KON]TEXTANALYSE #7

**Klima wird zur
Wirtschaftsdebatte**

Klimadiskurs-Monitoring 2026

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Methodik	4
3. Ergebnisse	5
3.1. Akteursgruppen	6
Wer prägt den Klimadiskurs?	6
Wer trägt konstruktiv zur Klimadebatte bei, wer verschleppt?	7
3.2. Parteien	9
Welche Parteien sprechen über Klimathemen?	9
Wie sprechen österreichische Parteien über Klimathemen und was beschäftigt sie?	9
3.3. Themen	13
Welche Themen stehen im Fokus der Klimadebatte?	13
Welche Themen werden konstruktiv diskutiert, wo wird verschleppt?	14
Spotlight: Standortpolitik & Ökologisierung – zusammen, was zusammengehört?	17
3.4. Technologien	18
Welche Technologien stehen im Fokus der Klimadebatte?	18
Welche Technologien werden konstruktiv vorangetrieben, wo wird verschleppt?	19
3.5. Politische Ebene	21
EU, Österreich oder global – auf welcher politischen Ebene werden Klimathemen diskutiert?	21
Auf welcher politischen Ebene wird konstruktiv diskutiert, wo wird verschleppt?	21
Spotlight: Welche internationalen Themen schlagen in Österreich auf?	23
4. Fazit	24
5. Literaturverzeichnis & Appendix	26

1. Einleitung

Das Jahr 2025 war global von geopolitischen Spannungen geprägt. Anhaltende Konflikte innerhalb und außerhalb Europas verschieben die politische Agenda und damit auch die Inhalte medialer Debatten. Themen wie Sicherheit, Abhängigkeiten von Öl und Gas sowie Energiepreise rücken stärker in den Fokus. Damit gewinnt auch die Rolle von Energiesicherheit für Wirtschaft und Gesellschaft an Bedeutung. In Europa prägen zudem Fragen rund um den Wirtschaftsstandort, ein starkes und zukunftsfähiges Europa sowie die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Weltregionen zunehmend den Diskurs.

Diese Entwicklungen wirken sich auch auf den Klimadiskurs aus. Diskussionen über die Klimakrise und ihre Auswirkungen treten teilweise hinter andere Themen zurück. Gleichzeitig zeigt das Klimadiskurs-Monitoring 2026, dass sich der Diskurs verändert: Er wird insgesamt leiser, greift jedoch stärker in zentrale gesellschaftliche und politische Themen über. Energiepolitische Fragen gewinnen an Bedeutung, während wirtschaftspolitische Aspekte zunehmend mit der Notwendigkeit der Ökologisierung verknüpft werden. Gerade in diesem Kontext wird deutlicher, dass Klimapolitik ein Querschnittsthema ist – sie betrifft gleichermaßen Sicherheits-, Energie- und Wirtschaftspolitik. Zwar setzen internationale Entwicklungen punktuell neue negative Impulse. Insgesamt bleibt die klimapolitische Debatte jedoch überwiegend konstruktiv und der Handlungsbedarf wird anerkannt.

Die vorliegende Studie untersucht den Klimadiskurs in Österreich im Jahr 2025 und beleuchtet zentrale Dynamiken. Im Fokus steht, welche Akteur:innen den Diskurs prägen, welche Themen dominieren, wie sich politische Parteien positionieren und auf welchen Ebenen Klimapolitik verhandelt wird. Durch die Fortführung des Monitorings im dritten Jahr in Folge werden zudem Veränderungen im Zeitverlauf sichtbar und strukturelle Muster erkennbar.

2. Methodik

Das vorliegende Klimadiskurs-Monitoring ist die dritte Ausgabe einer systematischen Analyse des medialen Klimadiskurses in Österreich. Sie schließt damit direkt an die Erhebungen der Jahre 2023 und 2024 an. Durch die Beibehaltung der Methodik ermöglicht die Studie einen Vergleich der aktuellen Ergebnisse mit jenen der beiden Vorjahre. Dies erlaubt die Identifikation von Mustern und strukturellen Dynamiken bei thematischen Schwerpunkten, Akteursgruppen, Diskursmacht und Kommunikationsstrategien im österreichischen Klimadiskurs.

Die Untersuchung basiert auf einer *Political Claims Analysis* nach Koopmans & Statham (1999). Als Datengrundlage dafür wurde eine repräsentative Stichprobe des österreichischen medialen klimapolitischen Diskurses aus der APA-Mediendatenbank erhoben. Diese berücksichtigt, analog zu den Vorjahren, Medien unterschiedlicher politischer und publizistischer Ausrichtungen sowie verschiedene Formate: derStandard.at, Die Presse und die Kronen Zeitung sowie Transkripte von Informationssendungen auf ORF2, den ORF-Regionalradios aller Bundesländer und Ö3. Die Auswahl der Medien erfolgte bewusst heterogen, um sowohl die Bandbreite der öffentlichen Meinung als auch regionale Besonderheiten abzubilden.

Die Datenerhebung basiert auf einer systematischen Suche nach einer vordefinierten Liste klimapolitischer Schlüsselbegriffe (vgl. Appendix), die identisch zu den Vorjahren verwendet wurde, um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten. Aus den in diesen Medien erzielten 7.856 Treffern wurde eine repräsentative Zufallsstichprobe von 616 klimapolitischen Aussagen („Claims“) für die Analyse herangezogen. Die Erhebung und Codierung der Claims erfolgte, wie bereits in den Vorjahren, durch Expert:innen des Forschungsinstituts FORESIGHT, während die Interpretation und Aufbereitung der Ergebnisse durch das KONTEXT Institut erfolgten.

Ziel der *Political Claims Analysis* ist es, politische Aussagen verschiedener Akteursgruppen – darunter unter anderem Parteien, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Unternehmen – in

der öffentlichen Debatte zu analysieren. Untersucht wird, wer welche politischen Ansprüche formuliert, auf welche Themen dabei Bezug genommen wird und ob Klimaschutz mit der Aussage vorangetrieben oder verschleppt wird.

Der Begriff der Verschleppung orientiert sich an Lamb et al. (2020) und umfasst Strategien, die darauf abzielen,

- Verantwortung für klimapolitisches Handeln allein anderen Akteuren zuzuschreiben,
- Scheinlösungen zu propagieren, die weder wirksam noch frei von Eigeninteressen sind,
- einseitig auf die Nachteile von Klimaschutzmaßnahmen zu fokussieren,
- Resignation zu fördern oder
- durch sonstige destruktive Argumentationsmuster den Diskurs zu blockieren.

Demgegenüber zeichnet sich konstruktiver Klimadiskurs durch Aussagen aus, die

- Verantwortung im eigenen Handlungsspielraum übernehmen,
- wirksame Lösungsansätze aufzeigen,
- den Mehrwert effektiver Klimapolitik betonen oder
- in anderer Form positiv über klimapolitisches Handeln kommunizieren.

Die Diskursanalyse ermöglicht es, Machtstrukturen im Diskurs sowie potenzielle Einflüsse auf politische Entscheidungsprozesse sichtbar zu machen. Als etablierte Methodik in den Sozialwissenschaften bietet sie ein robustes Instrumentarium, um die Dynamiken öffentlicher Debatten zu entschlüsseln (vgl. u. a. Jäger et al., 2024; Theine & Regen, 2023; Wiedemann & Lohmeier, 2019). Der große Mehrwert des diesjährigen Klimadiskurs-Monitorings liegt neben dem umfassenden Blick auf die klimapolitische Debatte 2025 auch in der Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den vergangenen Jahren. Öffentliche und politische Diskurse unterliegen einem ständigen Wandel. Das Klimadiskurs-Monitoring macht diese Prozesse sichtbar und identifiziert strukturelle Muster, die über die Aktualität hinausweisen. Die Ergebnisse bieten damit nicht nur eine empirische Grundlage für inhaltliche Ableitungen, sondern auch eine Handlungsbasis, um der Verschleppung im österreichischen Klimadiskurs gezielt entgegenzuwirken.

3. Ergebnisse

Das diesjährige Klimadiskurs-Monitoring (auf Grundlage der im Methodikteil beschriebenen Stichprobenanalyse) zeigt Verschiebungen im österreichischen Klimadiskurs.

Mit denselben Suchbegriffen wurden in der APA-Mediendatenbank 13 Prozent weniger Treffer erzielt als im letzten Jahr. Noch deutlicher zeigt sich der Rückgang im Vergleich zu 2023. Hier wurden 2025 knapp 24 Prozent weniger Treffer erzielt, also etwa ein Viertel weniger als 2023 (siehe Tabelle 1). Dies weist darauf hin, dass der Diskurs zu klimapolitischen Themen im Vergleich zu den Vorjahren leiser geworden ist und zunehmend von anderen gesellschaftspolitischen Debatten überlagert wird. Das steht in eindeutigem Kontrast zu der wissenschaftlich begründeten Dringlichkeit des Themas, die in den vergangenen Jahren

weiter zugenommen hat. Einerseits erfordert die Erreichung der gesetzten Klimaziele nicht nur die konsequente Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen, sondern auch zusätzliche Anstrengungen auf österreichischer und europäischer Ebene (Budgetdienst, 2026). Andererseits stehen aktuelle politische Debatten über Sicherheit, geopolitische Krisen, Energiepreise, Importabhängigkeiten von Öl und Gas oder Wirtschafts-, Standort-, Industriepolitik in enger Verbindung mit der Ökologisierung. Der Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien und das Ziel energiepolitischer Unabhängigkeit beeinflussen all diese Themenbereiche.

Die Verdrängung klimapolitischer Themen aus der medialen Agenda wirkt daher nicht nur als kommunikatives Defizit, sondern auch als verpasste Chance, die Synergien zwischen Klimaschutz, Wirtschaftspolitik und geopolitischer Stabilität systematisch aufzuzeigen.

Treffer der Suchbegriffe in der APA-Mediendatenbank seit 2023

	absolut	% zum Vorjahr	% zu 2023
Klimadiskurs 2023	10.329		
Klimadiskurs 2024	9.020	-12,70 %	-12,70 %
Klimadiskurs 2025	7.856	-12,90 %	-23,90 %

Tabelle 1

Obwohl der Klimadiskurs insgesamt leiser wird, bleibt er jedoch weiterhin überwiegend konstruktiv (siehe Tabelle 2). Wenn Klimapolitik in österreichischen Medien thematisiert wird, dominiert über nahezu alle Akteursgruppen und Themenfelder hinweg eine positiv-konstruktive Argumentationsweise. Klimawandelleugnung spielt eine insignifikante Rolle im österreichischen Mediendiskurs. Diese Entwicklung weist darauf hin, dass die Dringlichkeit des Themas von vielen unterschiedlichen Akteur:innen anerkannt wird und weitgehend Konsens über die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen besteht. *Allerdings ist bei der Interpretation des konstruktiven Diskurses zu beachten, dass die Stichprobe nicht auf Greenwashing oder Aussagen, die nicht in die Tat umgesetzt werden, kontrolliert.* Auch poten-

ziell oberflächliche Positionierungen signalisieren jedoch, dass die jeweiligen Akteur:innen die Notwendigkeit klimapolitischer Handelns zumindest rhetorisch anerkennen.

Österreichischer Klimadiskurs seit 2023

		konstruktiv	neutral	verschleppend	Gesamt
relativ	Klimadiskurs 2023	71 %	14 %	16 %	100 %
	Klimadiskurs 2024	63 %	9 %	28 %	100 %
	Klimadiskurs 2025	69 %	5 %	26 %	100 %
absolut	Klimadiskurs 2023	515	99	118	729
	Klimadiskurs 2024	386	52	174	612
	Klimadiskurs 2025	423	32	161	616

Anmerkung: „absolut“ zeigt die repräsentative Stichprobengröße der Analyse, nicht die gesamte Anzahl der Treffer im medialen Diskurs.

Tabelle 2

3.1. Akteursgruppen

Wer prägt den Klimadiskurs?

Der mediale Klimadiskurs wird nach wie vor am stärksten von der Politik geprägt. Rund ein Drittel aller Aussagen stammt von Politiker:innen (siehe Tabelle 3). Im Vergleich zu den Vorjahren gibt es keine signifikanten Veränderungen. Der Großteil der Aussagen kommt von österreichischen Politiker:innen (27 %), ein kleinerer Teil von internationalen Vertreter:innen (9 %). Der Anteil nicht-österreichischer Politiker:innen im Diskurs steigt jedoch kontinuierlich. Es wird also etwas mehr über die Aussagen ausländischer Politiker:innen im klimapolitischen Kontext berichtet.

Wissenschaftler:innen sind die zweitstärkste Gruppe im Klimadiskurs, während Unternehmen den größten Zuwachs zum Vorjahr aufweisen. Knapp ein Fünftel, also 18 Prozent, aller untersuchten Aussagen stammt von Wissenschaftler:innen. Hier zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Zunahme um vier Prozentpunkte. Insgesamt ist das Niveau jedoch seit 2023 weitgehend stabil. Einen deutlichen und statistisch signifikanten Zuwachs verzeichnen Unternehmen (ohne Interessens- und Branchenvertretungen), die nun 15 Prozent des medialen Diskurses ausmachen. Im Vorjahr waren es noch neun Prozent. Leicht zugenommen hat zudem die Präsenz der Energiebranche: Knapp jede

zehnte Aussage in österreichischen Medien stammt von einer Person aus diesem Bereich, vor allem aus Unternehmen und Interessensvertretungen. Lediglich sechs der 59 untersuchten Aussagen aus der Energiebranche kommen von einer anderen Akteursgruppe (z. B. Zivilgesellschaft oder Verwaltung). Diese Zunahme könnte mit verstärkter eigener Medienaktivität, einer zunehmenden medialen Thematisierung unternehmerischer Positionen oder dem Zuwachs der Debatte rund um das Thema Energie (siehe Kapitel 3.3.) zusammenhängen. In jedem Fall zeigt diese Veränderung die noch weiter steigende Relevanz des Energiethemas im klimapolitischen Diskurs Österreichs.

NGOs, Think Tanks und Aktivist:innen sind im medialen klimapolitischen Diskurs weniger stark präsent als in den Vorjahren. Besonders Aktivist:innen verlieren an Sichtbarkeit: Während 2023 noch jede zehnte Aussage von ihnen kam (10 %), sank der Anteil 2024 auf 3 % und 2025 weiter auf 2 %. Auch der zivilgesellschaftliche Diskurs ist leicht zurückgegangen.

Akteur:innen im Klimadiskurs	2023	2024	2025
Politik (Österreich)	31 %	28 %	27 %
Politik (Nicht-Österreich)	4 %	7 %	9 %
Wissenschaft	14 %	14 %	18 %
Unternehmen (exkl. Branchenvertretungen)		9 %	15 %
Zivilgesellschaft (NGOs, Think Tanks, etc.)		12 %	9 %
Sozialpartner und Interessensvertretungen		10 %	8 %
Verwaltung		4 %	5 %
Aktivist:innen	10 %	3 %	2 %
Sonstige*	12 %	13 %	7 %
Energiebranche**	5 %	6 %	9 %
Gesamt relativ	100 %	100 %	100 %
Gesamt absolut	729	635	632

Anmerkung: / = andere Definition, deshalb keine Vergleichbarkeit. *inkludiert internationale Organisationen, Landwirt:innen, und andere Akteur:innen. **besteht hauptsächlich aus Unternehmen und Interessensvertretungen

Tabelle 3

Wer trägt konstruktiv zur Klimadebatte bei, wer verschleppt?

Der Anteil am Gesamtdiskurs gibt Auskunft über die Diskursmacht verschiedener Akteur:innen. Zusätzlich dazu zeigt der Datensatz, welche Akteur:innen im Klimadiskurs häufiger konstruktive oder verschleppende Aussagen tätigen.

Politiker:innen tragen am häufigsten zur Verschleppung im Klimadiskurs bei. Etwa vier von zehn Aussagen von Politiker:innen fallen durch verschleppende Argumentationsmuster auf (siehe Grafik 1). Damit verschleppen sie überdurchschnittlich häufig im Vergleich mit anderen Akteursgruppen – jede zweite Aussage mit verschleppenden Argumenten im gesamten Klimadiskurs stammt aus der Politik.

Wissenschaftler:innen bringen sich fast gänzlich konstruktiv ein. Nahezu alle Aussagen (92 %) in der Stichprobe seitens der Wissenschaft sind konstruktiv. Damit stammt rund ein Viertel aller konstruktiven Beiträge im gesamten Klimadiskurs aus dieser Gruppe.

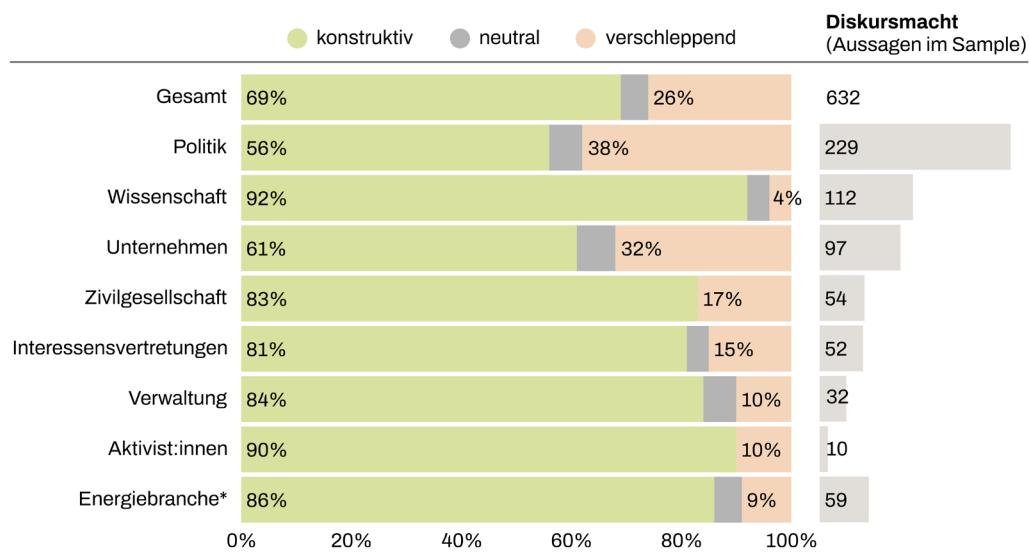
Unternehmen agieren unterschiedlich. In der Energiebranche wird konstruktiver argumentiert, in anderen Branchen stärker verschleppend. Insgesamt argumentieren Unternehmen häufiger verschleppend als die meisten anderen Gruppen. Ein Drittel ihrer Aussagen lässt sich als verzögernd einordnen. Auffällig ist jedoch ein Unterschied innerhalb der Unternehmenslandschaft. Aussagen von Unternehmen und Interessensvertretungen aus dem Energiebereich fallen überwiegend in den konstruktiven Diskurs – über 80 Prozent lassen sich entsprechend einordnen (vs. 61 % im gesamten Diskurs von Unternehmen). Dies könnte darauf hindeuten, dass im Energiebereich weniger verschleppend argumentiert wird als in anderen wirtschaftlichen Branchen. Das hängt wohl damit zusammen, dass die Akteur:innen aus dem Energiebereich (Unternehmen und Interessensvertretungen) hauptsächlich über erneuerbare Energieträger sprechen. Wind-, Solar- und Wasserkraft werden sehr stark konstruktiv diskutiert (siehe dazu auch Kapitel 3.5.). Es zeigt sich demnach ein Unterschied innerhalb der Unternehmenslandschaft. Unternehmen und Interessensvertretungen im Energiebereich prägen den Diskurs durch ihren

Fokus auf erneuerbare Energien stärker konstruktiv. Unternehmen in anderen Branchen argumentieren im Vergleich dazu häufiger verschleppend.

Interessensvertretungen fallen überdurchschnittlich konstruktiv auf. Sozialpartner sprechen kaum über Klimathemen. Die großen Sozialpartner bzw. Interessensvertretungen (IV, WKO, AK und Gewerkschaften) fallen in der Stichprobe kaum ins Gewicht. Sie kommunizieren im Vergleich zu anderen Akteur:innen kaum oder gar nicht über Klimapolitik. Der konstruktive Diskurs von Interessensvertretungen wird daher von einer großen Bandbreite anderer Vertretungen getrieben. Viele davon sind aus dem erneuerbaren Energiebereich und setzen sich beispielsweise für eine „gelungene Energiewende“ mit

„mehr demokratischer Teilhabe statt Populismus“ oder die Umsetzung des Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetzes (EABG) ein. Aus dem fossilen Bereich fallen beispielsweise Vertretungen aus der Automobilindustrie in die Stichprobe, welche sich „zur Klimaneutralität verpflichten“ und „Wertschöpfungsketten optimieren“ wollen. Analog dazu wollen internationale Schifffahrtsorganisationen die „Emissionen senken“, Industrievertretungen aus Deutschland fordern einen „klaren Pfad zur Elektromobilität“, um Unternehmen und Arbeiter:innen Planungssicherheit zu geben. Der Diskurs der Interessensvertretungen zeichnet sich also dadurch aus, dass Maßnahmen gefordert werden, die den Weg zur Klimaneutralität sicher und verlässlich ebnen können.

Wer die Klimadebatte konstruktiv gestaltet, wer verschleppt



Anmerkung: Zeigt Akteursgruppen mit mind. 10 Aussagen im Sample. *besteht hauptsächlich aus Unternehmen und Interessensvertretungen. Quelle: FORESIGHT (2026), Berechnungen KONTEXT, eigene Darstellung

Grafik 1

Besonderes konstruktiv fallen Aktivist:innen, Zivilgesellschaft und auch die Verwaltung auf. Obwohl die Stichprobe besonders bei Aktivist:innen klein ist, deckt sich das Bild mit den vergangenen Jahren: NGOs, Think Tanks und Personen aus aktivistischen Organisationen äußern sich überdurchschnittlich konstruktiv.

Die einzig negative Aussage im Datensatz der Aktivist:innen bezieht sich auf die Auflösung der Bewegung „Letzte Generation“. Die Verwaltung kommt durch die Präsentation bzw. Bewerbung von geplanten Maßnahmen vorrangig konstruktiv zu Wort. Das schließt regionale Maßnahmen mit ein, wie etwa die Notwendigkeit klimafitter Seen in

Kärnten (Amt der Kärntner Landesregierung) oder die Forderung für mehr Entsiegelung in Tiroler Städten (Landesumweltanwaltschaft). Vor allem Maßnahmen zur Klimawandelanpassung werden von der Verwaltung eingebracht bzw. gefordert – und diese werden vorwiegend konstruktiv diskutiert (siehe Kapitel 3.3.).

3.2. Parteien

Welche Parteien sprechen über Klimathemen?

Etwas mehr als ein Viertel aller Aussagen im medialen Klimadiskurs stammt von österreichischen Politiker:innen. Damit stellen sie die größte einzelne Akteursgruppe dar. Zwischen den Parteien zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede in der Intensität ihrer klimapolitischen Kommunikation (siehe Tabelle 4).

Im Jahr 2025 bringen sich vor allem ÖVP (37 % aller Aussagen) und Grüne (30 %) im parteipolitischen Klimadiskurs ein. Beide

Parteien, insbesondere jedoch die Grünen, beteiligen sich damit überdurchschnittlich stark im Vergleich zu ihrem Anteil an Nationalratsmandaten. Letztere können als Näherungswert für ihre politische Macht beziehungsweise ihr parlamentarisches Mitspracherecht herangezogen werden. Für SPÖ und FPÖ scheint das Thema Klimapolitik hingegen eine untergeordnete Rolle zu spielen, obwohl beide über erhebliches politisches Gewicht verfügen: Die FPÖ als stärkste Fraktion im Nationalrat, die SPÖ als zweitstärkste Regierungspartei. Trotzdem beteiligen sie sich wenig am parteipolitischen Klimadiskurs (zu 12 bzw. 16 %). Auch die NEOS beteiligen sich nur in geringem Ausmaß am Klimadiskurs. Lediglich fünf Prozent aller parteipolitischen Aussagen stammen von ihnen. Zum Vergleich: Trotz vergleichbarer Größe im Nationalrat stammen 30 Prozent aller parteipolitischen Aussagen von den Grünen. Die Stichprobe ist zwar klein, die Ergebnisse decken sich jedoch mit jenen der beiden Vorjahre. Das deutet darauf hin, dass klimapolitische Themen in der öffentlichen Kommunikation der NEOS eine geringere Priorität haben – und das, obwohl sie als Regierungspartei über mehr gestalterischen Einfluss verfügen.

Nationalratsparteien im Klimadiskurs

	2023	2024	2025
FPÖ	9 %	19 %	12 %
ÖVP	36 %	33 %	37 %
SPÖ	16 %	23 %	16 %
NEOS	6 %	5 %	5 %
Grüne	33 %	20 %	30 %
Gesamt relativ	100 %	100 %	100 %
Gesamt absolut	228	186	178

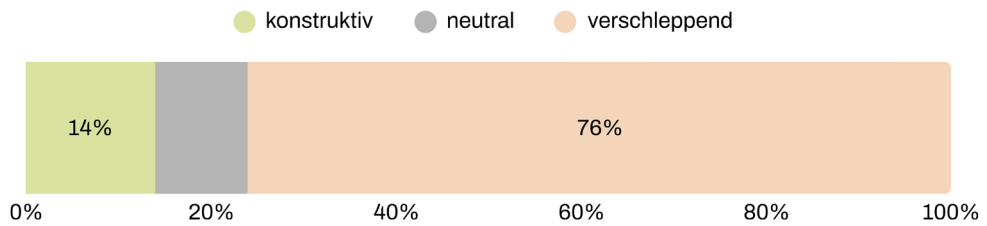
Tabelle 4

Wie sprechen österreichische Parteien über Klimathemen und was beschäftigt sie?

Mehr als die Hälfte aller verschleppenden Aussagen im medialen Diskurs stammt von Politiker:innen (siehe Kapitel 3.1.). Innerhalb der Parteien zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede.

FPÖ

21 Aussagen



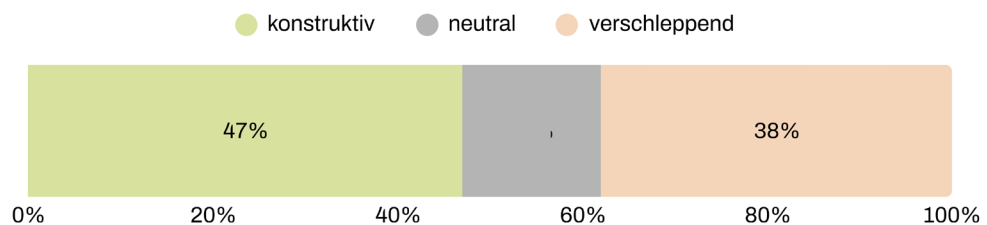
Aussagen der FPÖ sind fast ausschließlich verschleppend und fallen durch eine stark emotionalisierende Sprache auf. Im codierten Sample finden sich nur wenige konstruktive Aussagen der FPÖ. Insgesamt lassen sich drei Aussagen entsprechend einordnen, zur Unterstützung des Ausbaus erneuerbarer Energien im Burgenland sowie gegen die Preiserhöhung des Klimatickets in der VOR-Region.

Deutlich stärker vertreten sind hingegen verschleppende Aussagen. Auffällig ist dabei eine besonders scharfe Tonalität. Inhaltlich lassen sich die Aussagen im Sample weniger einem einzelnen Thema zuordnen, sondern spiegeln vielmehr eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber klimapolitischen Vorhaben wider. Begriffe und

Framings wie „wirtschaftszerstörend“, „wohlstandszersetzend“, „Öko-Planwirtschaft“ oder „Klima-Fetischisten“ finden sich ebenso wie Aussagen, wonach die beschlossenen Klimaziele der EU ein großer Fehler seien. Damit argumentiert die FPÖ weniger inhaltlich als populistisch. Klimapolitische Vorhaben werden dabei stark negativ emotionalisiert und jene Personen, die sich dafür einsetzen, als Feindbild dargestellt. Ein Unterschied zu den anderen Parteien zeigt sich zudem in der Haltung zum Ausbau erneuerbarer Energien, der vor allem negativ bewertet wird. Gleichzeitig deuten einzelne Aussagen darauf hin, dass es hierbei Unterschiede zwischen der Bundespartei und einzelnen Landesorganisationen geben könnte.

ÖVP

66 Aussagen



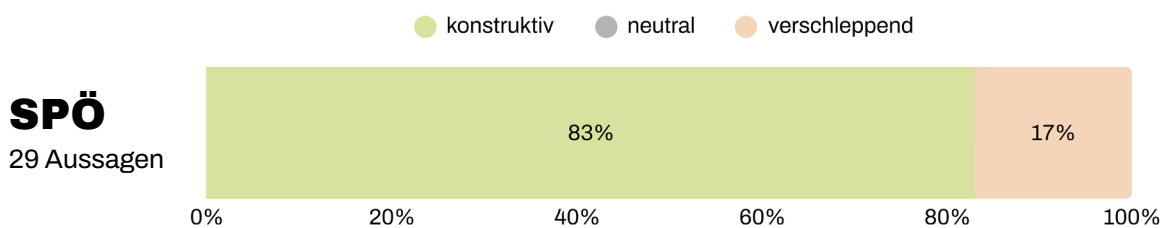
Die ÖVP äußert sich vor allem zum Thema Energie konstruktiv. Dabei wird vor allem die generelle Notwendigkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien hervorgehoben. Einige Aussagen verknüpfen damit wirtschaftliche Effekte und Preisentwicklungen: „Je mehr Angebot an erneuerbarer Energie, desto günstiger die Preise (...)“ (Wolfgang Hattmannsdorfer, ÖVP). Darüber hinaus wird auf eine höhere Energie-Versorgungssicherheit verwiesen. Auch Sanierungsmaßnahmen, Anpassungen an den Klimawandel sowie internationale und länderübergreifende Klimapolitik werden in öffentlichen Aussagen großteils als notwendig betrachtet. Manche Aussagen zeigen dabei eine klare Haltung, wie etwa „Es kann nicht sein, dass wir auch zukünftig von Gas und Öl abhängig sind. Es kann der öster-

reichische Weg nur der sein, dass wir eigene Energie produzieren aus erneuerbaren Energiequellen“. Dabei wird teilweise ein klarer Link zur Wirtschaftlichkeit gezogen, weil „mit der Energie hängt auch ganz massiv der Wettbewerbsvorteil und der Standort Österreich zusammen“ (Anton Mattle, ÖVP). Andere Aussagen bleiben oberflächlich, nennen beispielsweise ein „grundsätzliches Bekenntnis der ÖVP zu Sanierungs- und Dekarbonisierungsmaßnahmen“ (derStandart.at über Unterlagen der Koalitionsverhandlungen). Insgesamt steht somit das Thema Energie im Fokus des konstruktiven Diskurses der ÖVP.

In verschleppenden Aussagen betont die ÖVP vor allem vermeintliche wirtschaftliche Nachteile von klimapolitischen Maßnahmen.

Dabei spricht sie von potenziellen Zielkonflikten, Kosten oder fehlender Wirtschaftlichkeit. So wird etwa der Vorrang bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen gegenüber Klimamaßnahmen damit argumentiert, dass die Umstellung aller Gesellschaftsbereiche auf erneuerbare Energien nur finanzierbar sei, „*wenn man eine starke Wirtschaft habe*“ (Norbert Totschnig, ÖVP). Auch die massiven Einsparungen im Klimabereich werden mit undifferenzierten Aussagen wie „*Zeiten überhöhter Klimaförderungen sind vorbei. Wir setzen Steuergeld effizienter ein und schaffen Planungssicherheit*“ (Norbert Totschnig,

ÖVP) begründet. Klima- und Wirtschaftsinteressen werden also häufig gegeneinander ausgespielt, statt miteinander verknüpft. Weiters setzt sich die ÖVP in ihren Aussagen dafür ein, dass der europäische Zertifikate-Handel (ETS) und damit die Obergrenze der europäischen CO₂-Emissionen aus dem emissionsintensiven Industriesektor gelockert wird. Auch sollen Autos mit Verbrennermotoren, die mit Diesel und Benzin betrieben werden, entgegen dem Vorschlag der EU-Kommission weiter am Markt bleiben dürfen. Damit verschleppt die ÖVP bei zwei zentralen klimapolitischen Projekten auf EU-Ebene.

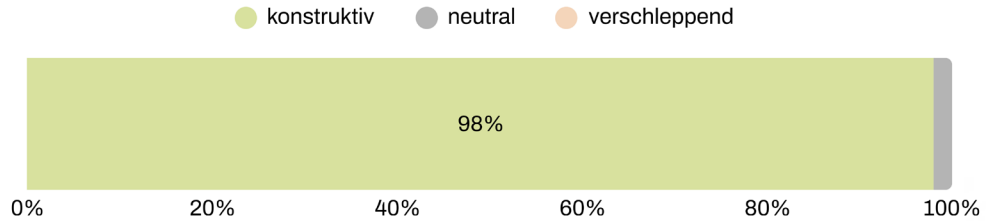


Die SPÖ bringt sich verhältnismäßig wenig, jedoch stärker konstruktiv in die Klimadebatte ein. Von 29 klimapolitischen Aussagen der SPÖ im Sample fallen mehr als 80 Prozent in den konstruktiven Diskurs. Dabei stehen konkrete Maßnahmen oder einzelne Sektoren im Vergleich zu Aussagen anderer Parteien weniger im Vordergrund. Es geht vielmehr häufig um eine allgemeine Unterstützung klimapolitischer Ziele, wie etwa „*Mir ist es wichtig, dass wir die Klimaneutralität erreichen*“ (Andreas Babler, SPÖ). Dennoch werden auch Themen wie die Energiewende, leistbare öffentliche Verkehrsmittel oder Abhängigkeiten von Öl und Gas erwähnt. So sind die derzeit zehn Milliarden Euro an Ausgaben für Gas und Erdöl ein Dorn im Auge

von Michael Ludwig (SPÖ). Markus Materbauer (SPÖ) spricht von der Notwendigkeit, in den Ausbau von Windkraft und Speicherkraftwerken zu investieren, denn das, „*was für Norwegen das Gas ist, sind für Österreich die Pumpspeicherkraftwerke*“. Viele unkonkrete Aussagen, wie etwa „*Energiekosten müssen runter*“ im Zusammenhang mit dem Erneuerbaren-Ausbau (Kerstin Suchan-Mayr, SPÖ) lassen jedoch vermuten, dass die SPÖ ihr Gewicht als Regierungspartei nicht für konkrete klimapolitische Vorhaben nutzt und damit anderen Parteien das Feld überlässt. Denn auch am gesamten Klimadiskurs beteiligt sie sich unterdurchschnittlich im Vergleich zu anderen Parteien.

Grüne

53 Aussagen



Die Grünen sind sehr stark, mit unterschiedlichen Themen und beinahe ausschließlich konstruktiv im medialen Klimadiskurs vertreten. Die überwiegend konstruktiven Aussagen der Grünen sind thematisch sehr breit gefächert und gleichzeitig oft spezifisch. Ein Teil bezieht sich auf Budget- und Finanzfragen im Klimabereich. Sie bringen sich etwa gegen die Abschaffung der NoVa für leichte Nutzfahrzeuge oder gegen die Preiserhöhung des Klimatickets ein. Gleichzeitig stellen sie Zusammenhänge zwischen Klimaschutz und anderen gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Themen her: Der Ausstieg aus fossilen Energien und der Umstieg auf erneuerbare Energien führe langfristig zu niedrigeren Preisen für private Haushalte, fördere neue Wirtschaftszweige und schaffe Arbeitsplätze, was folgendes Zitat auch widerspiegelt: *„Wer Windkraft verhindert, verspielt Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit“* (Stefan Kaineder, Grüne). Weiters setzen sich die Grünen unter anderem für die Unterstützung der Klimaziele auf EU-Ebene ein und fordern notwendige Investitionssicherheit für Unternehmen: *„Wir haben gesehen, es wirkt, die Emissionen gehen zurück, aber das ist auch gut für den Standort,*

nur wir müssen dabei bleiben. Es braucht eine Investitionssicherheit für all die Unternehmen, die diesen Weg mitgehen wollen und die, die jetzt sehen, dass die Regierung bei der Klimapolitik den Rückwärtsgang eingelegt hat, die sind jetzt vor den Kopf gestoßen“ (Lukas Hammer, Grüne). In anderen Statements stellen sie den notwendigen Investitionen in die Energiewende die Kosten des Nicht-Handelns gegenüber und schaffen so einen differenzierten Blick auf die Finanzierungsfrage der Ökologisierung. Ebenso fordern sie eine schnellere Umsetzung der Gebäudesanierung und des Heizkesseltausches der 1,4 Millionen fossilen Heizungen in Österreich. Im Gegensatz zu anderen Parteien fällt außerdem auf, dass einige Aussagen Klimaschutz als ethische Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft in den Mittelpunkt stellen. Denn er reduziert negative Auswirkungen auf Umwelt und Klimakrisenfolgen. Dabei sprechen die Grünen von einem *„Kampf gegen die Klimakrise“* und für eine Welt, *„die auch für unsere Kinder noch lebenswert ist“*. Verschleppende Aussagen der Grünen finden sich in der untersuchten Stichprobe in keinem der untersuchten Jahre.

NEOS

kleine Stichprobe

9 Aussagen

NEOS äußern sich kaum zu klimapolitischen Themen. Wenn sie sich zu Wort melden, dann jedoch stärker konstruktiv als der Durchschnitt. Im klimapolitischen Diskurs sind die NEOS unterrepräsentiert, sowohl im Vergleich zu anderen Parteien als auch zu ihrer politischen Größe. Mit nur neun Aussagen im gesamten Sample ist die Stichprobe bei den NEOS zu klein, um inhaltlich haltbare Schlussfolgerungen zu ziehen. Alle vorhandenen Aussagen können jedoch dem konstruktiven Diskurs zugeordnet

werden (Vergleich: 2024 waren 8 von 9 Aussagen konstruktiv, 2023 9 von 14). Thematisch geht es unter anderem um die Notwendigkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien und das damit verbundene Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG). In einem weiteren Fall distanziert sich NEOS-Klimasprecher Michael Bernhard von einem Mitte 2025 geleakten Entwurf eines neuen Klimaschutzgesetzes und kritisiert fehlende Inhalte darin, die es aber dringend für die Zielerreichung bräuhete.

Insgesamt ist der parteipolitische Klimadiskurs sehr unterschiedlich in der Themenwahl. Ein Themenfeld, das jedoch alle Parteien (außer große Teile der FPÖ) zu vereinen scheint, sind die Vorteile des Ausbaus erneuerbarer Energien für Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Unabhängigkeit und Sicherheit. So bezeichnet beispielsweise Hans Peter Doskozil (SPÖ) erneuerbare Energie bzw. Windkraft als „*das Gold des Burgenlandes*“. Wolfgang Hattmannsdorfer (ÖVP) sieht den „*massiven Ausbau*“ Erneuerbarer notwendig, denn „*je mehr Angebot, desto günstiger die Preise*“. Und die NEOS möchten einen Ausstieg aus russischem Gas, denn „*sowohl sicherheits- als auch umweltpolitisch stellt ein Rückfall in alte Abhängigkeiten keine Zukunftsstrategie dar*“. In anderen Themen (z. B. Mobilität) liegen die Standpunkte weiter auseinander. Neben thematischen Unterschieden sind parteipolitische Unterschiede in Tonalität bzw. Intensität der Verschleppung besonders auffällig. Der Verschleppungsdiskurs wird fast ausschließlich von FPÖ und ÖVP dominiert. Zieht man alle verschleppenden Aussagen heran, kommen neun von zehn von diesen zwei Parteien. Dieses strukturelle Muster deckt sich mit den Ergebnissen der letzten beiden Jahre. Der konstruktive Diskurs wird hingegen am stärksten von den Grünen angetrieben (44 % aller konstruktiven Aussagen), gefolgt von ÖVP und SPÖ. Die NEOS nehmen eine kleine aber konstruktiv geprägte Rolle im Klimadiskurs ein.

3.3. Themen

Welche Themen stehen im Fokus der Klimadebatte?

Das Thema Energie dominiert die österreichische mediale Klimadebatte noch stärker als in den Vorjahren. Etwa jede dritte Aussage in der gesamten Stichprobe bezieht sich auf energiepolitische Fragen oder den Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energieträger und Technologien (siehe Tabelle 5). Im Vergleich zu den Vorjahren zeigt sich ein statistisch signifikanter Anstieg. Die wachsende Bedeutung des

Themas spiegelt aktuelle politische Diskussionen über Abhängigkeiten, Sicherheiten und Energiepreise wider. Gleichzeitig nehmen Akteur:innen aus der Energiebranche eine größere Rolle im Diskurs ein (siehe Kapitel 3.1.).

Weitere zentrale Themen sind Mobilität sowie Wirtschaftspolitik und Standortfragen.

Zusammen mit Energie machen diese Bereiche rund zwei Drittel des gesamten klimapolitischen Diskurses aus. Während die Menge an Aussagen in der Stichprobe zum Thema Mobilität (16 %) in den vergangenen Jahren auf einem konstant hohen Niveau geblieben ist, verzeichnen Standort-Themen einen deutlichen Zuwachs. Im Jahr 2023 ging es nur bei drei Prozent aller Aussagen um das Thema Standortpolitik, 2025 bereits bei 13 Prozent. Das zeigt, dass das Zusammenspiel von klima- und standortpolitischen Fragen in der Gesamtdebatte an Bedeutung gewinnt (siehe weiter unten – Spotlight: Standortpolitik).

Weniger prominent vertreten, aber dennoch konstant halten sich Themen wie die Erreichung von Klimaneutralität und Klimazielen, Klimawandelanpassung (inklusive Hochwasserschutz und Hitzeschutz), Gebäudesanierung, Ernährung und CO₂-Bepreisung in der Debatte. Der Zusammenhang von Klimapolitik mit arbeitsmarktpolitischen Themen, Bodenversiegelung oder übergeordnete Themen wie der Green Deal wurden 2025 kaum diskutiert. Auch das Lieferkettengesetz und das Renaturierungsgesetz wurden 2025 im Gegensatz zum Vorjahr kaum mehr besprochen – Beispiele dafür, dass einzelne Schwerpunkte in der Themensetzung je nach politischer Agenda oder aktuellen Ereignissen stark variieren können.

Insgesamt spiegeln die Aussagen in der Stichprobe die hohe Diversität der klimapolitischen Handlungsfelder wider. Das Spektrum reicht von technologischen Debatten über politische Rahmenbedingungen, Strategiepläne und Ziele hin zu konkreten Politikmaßnahmen und Großveranstaltungen wie der Klimakonferenz.

Themenfelder im Klimadiskurs

	2023	2024	2025
Energie	28 %	28 %	34 %
Mobilität	15 %	14 %	16 %
Wirtschaftspolitik & Standort	4 %	8 %	13 %
Klimaneutralität 2040 & Klimaziele	8 %	11 %	11 %
Anpassungsmaßnahmen	5 %	9 %	9 %
Ernährung & Forstwirtschaft	6 %	5 %	5 %
Gebäudesanierung & Wohnen	8 %	5 %	5 %
CO ₂ -Bepreisung	3 %	5 %	5 %
Folgen des Klimawandels	5 %	4 %	4 %
Klimaschutzgesetz	n.c.	4 %	4 %
UN-Klimakonferenz (COP)	n.c.	3 %	3 %
Ökologisches Bauen	n.c.	2 %	2 %
Bodenversiegelung & -verbrauch	6 %	2 %	2 %
Sonstige*	15 %	7 %	7 %
Gesamt relativ	100 %	100 %	100 %
Gesamt absolut	729	652	738

Anmerkung: Zeigt Themen mit mind. 10 Aussagen im Sample. *inkludiert Arbeitsmarkt, Green Deal, Lieferkettengesetz & andere Themen. n.c. = nicht codiert.

Tabelle 5

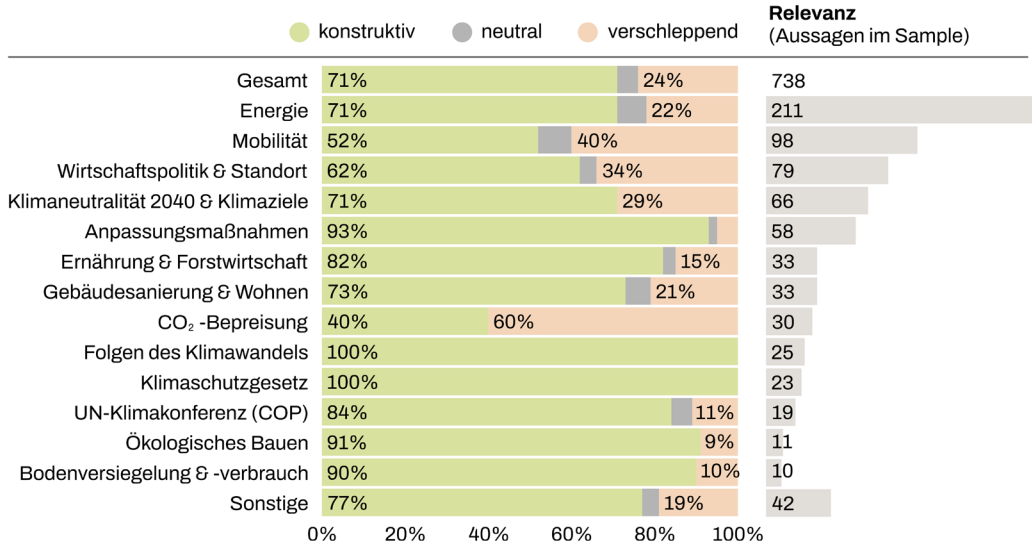
Welche Themen werden konstruktiv diskutiert, wo wird verschleppt?

Der Grad der Verschleppung variiert stark je nach Thema. Grundsätzlich ist der klimapolitische Diskurs in Österreich überwiegend konstruktiv. Trotzdem zeigen sich bei jeder vierten klimapolitischen Aussage (24 %) konkrete Verzögerungstaktiken. Diese verschleppen politisches Handeln im Sinne einer zukunftsgerichteten Ökologisierung und damit zusammenhängende notwendige Maßnahmen (siehe Grafik 2).

Das diskursrelevanteste Thema Energie wird durchschnittlich konstruktiv diskutiert. Knapp drei Viertel aller Aussagen zu dem Thema sind konstruktiv und damit gleich viel wie der Durchschnitt aller Themen. Der energiepolitische Diskurs ist divers und dreht sich um viele verschiedene Themenfelder. Ein großer Teil der Aussagen behandelt jedoch die Energiewende und dafür notwendige Maßnahmen, wie etwa Investition in Infrastruktur oder Industrie-

transformation: „Die Energiewende erfordert weiters Verbesserungen der Energieeffizienz und umfassende Elektrifizierung. Auch dies wird hohe Investitionen, beispielsweise in der europäischen Industrie, erfordern (...)“ (Valarie Brunner, RBI-Vorständin). Dabei steht der Ausbau von Windkraft, Wasserkraft und Photovoltaik häufiger im Fokus als umgekehrt der Ausstieg aus Öl und Gas. Im konstruktiven Diskurs rund um erneuerbare Energien werden häufig Argumente wie mehr Unabhängigkeit, höhere Versorgungssicherheit, niedrigere Preise und wirtschaftliche Stabilität angeführt: „Das heißt, wir sehen, wie verletzlich wir sind, wenn wir uns von einem Anbieter abhängig machen und gleichzeitig sehen wir, wie notwendig ist es, die eigene Unabhängigkeit auch durch die Freiheitsenergie, wie ich sie nenne, erneuerbare Energien zu stärken und gleichzeitig für mehr Angebot auch bei Gas zu sorgen aus anderen Quellen“ (Beate Meinel-Reisinger, NEOS). Die Investitionen für die Energiewende werden oft als Notwendigkeit genannt, um die dahinterliegenden Chancen

Energie, Mobilität und Wirtschaft im Fokus der Klimadebatte



Anmerkung: Zeigt Themen mit mind. 10 Aussagen im Sample. "Sonstige" = Arbeitsmarkt, Green Deal, Lieferkettengesetz & andere Themen.
 Quelle: FÖRESIGHT (2026), Berechnungen KONTEXT, eigene Darstellung

Grafik 2

überhaupt heben zu können: „Österreich zählt zu den führenden Technologiestandorten Europas – viele Lösungen für Energiewende und Kreislaufwirtschaft entstehen hier. Um diesen Vorsprung zu halten, braucht es Investitionssicherheit und eine stabile Politik, die vorausschauend auf Digitalisierung und Klimawandel reagiert. Europa muss Innovationszentrum bleiben – dafür braucht es Planungssicherheit und Investitionen in Zukunftstechnologien“ (Verena Ehold, Umweltbundesamt).

Die verschleppenden Aussagen zum Thema Energie beziehen sich in einigen Fällen auf das Ausland, wie etwa auf die Ausbaupläne der USA im Bereich Öl. In anderen Fällen werden Förderungen von PV-Anlagen kritisiert, da diese „nicht mehr notwendig seien“. Auch spitzere Framings und Desinformation der FPÖ und MFG fallen in das Datensample, wonach der Ausbau der Erneuerbaren trotz aktueller Zielverfehlungen „viel zu schnell ginge“ (Herbert Kickl, FPÖ) oder es entgegen dem wissenschaftlichen Konsens „wenig bis kein Potenzial für Windkraft in Österreich gäbe“ (Gernot Ecker, MFG).

Insgesamt zeigt sich innerhalb der Aussagen

im Datenset jedoch, dass die Energiewende bei vielen Akteur:innen auf starke Akzeptanz stößt und als zentraler Hebel der Ökologisierung sowie für wirtschaftliche Vorteile wahrgenommen wird.

Die Mobilitätsdebatte wird im Vergleich zu anderen Themenfeldern stärker verschleppt. Diese verzögernde Debatte hat sich im letzten Jahr weiter verstärkt.

Im emissionsintensiven Verkehrsbereich ist die Debatte stark polarisiert. Diskutiert werden dabei beispielsweise vermeintlich negative wirtschaftliche Folgen durch reduzierten Flug- und Autoverkehr, die Herausforderung einer klimaneutralen Gestaltung des Flugverkehrs, das Ende der Neuzulassungen von Verbrennerfahrzeugen 2035 auf EU-Ebene sowie die Verkehrswende generell. Häufig wird bei diesen Themen ein vermeintlich negativer Bezug zum Standort Österreich hergestellt: „Die Automobilindustrie, die Zulieferindustrie ist das Herzstück unseres Wirtschaftsstandortes, und es ist eine Frage der Intelligenz, dass wir diese Industrie nicht aus Europa vertreiben. Und deswegen ist es gut, dass die Produkte, die in Österreich, in Europa produziert werden, die EU auch weiter erlaubt“ (Wolfgang Hattmannsdorfer, ÖVP). Solche Aussagen stehen oft isoliert vom

Transformationsdruck in der Automobilindustrie, wo ein Festhalten an veralteten Technologien, wie Verbrennermotoren, das Risiko birgt, dass Europa langfristig wirtschaftlich hinter andere Regionen zurückfällt, die durch den strategischen Fokus auf Zukunftstechnologien langfristige Standortvorteile gewinnen.

Auch das Thema CO₂-Bepreisung wird überdurchschnittlich verschleppend diskutiert. Zwar ist die Stichprobe hier klein, die Ergebnisse decken sich jedoch mit dem Vorjahr: Während 2024 die Diskussion vor allem die Abschaffung des Klimabonus betraf, dominiert 2025 der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) und dessen mögliche Auswirkungen auf die europäische Industrie die Diskussion. Die Argumentation konzentriert sich auf wirtschaftspolitische Risiken, insbesondere die Befürchtung, Klimazölle könnten die europäische Industrie im globalen Wettbewerb benachteiligen. Kaum diskutiert wird hingegen, dass der CO₂-Grenzausgleich klimafreundliche Unternehmen schützt, indem er sie vor emissionsintensiver Konkurrenz abschirmt und so Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche Klimastandards ausgleicht. Die Debatte bleibt somit risikoorientiert und blendet die Chancen einer zukunftsorientierten Marktregulierung aus.

Vermeehrt konstruktiv diskutiert werden hingegen Themen wie die Folgen der Klimakrise und notwendige Anpassungsmaßnahmen. Auch das deckt sich mit den Ergebnissen der vergangenen Jahre. Bei Hochwasserschutz, Hitzeschutz, Extremwetterereignissen oder Waldbränden zeigt sich ein starker gesellschaftlicher und politischer Konsens über die Handlungsnotwendigkeit. Ebenfalls auffällig ist die Debatte um das Klima(schutz)gesetz, das 2025 erstmals als eigenständiges Themenfeld codiert wurde. Die Stichprobe ist zwar klein, zeigt jedoch einen durchgehend konstruktiven Diskurs, da es bei den analysierten Aussagen fast gänzlich um Kritik am geleakten Gesetzesentwurf Mitte 2025 geht. Wissenschaftliche Stimmen weisen auf die Notwendigkeit eines ambitionierten Gesetzes hin: *„Es liegt jetzt an der Politik, die klaren Rahmenbedingungen verbindlich festzulegen im Klimagesetz, aber auch in anderen Gesetzen, wie zum Beispiel bei den klimaschäd-*

lichen Subventionen oder beim Erneuerbaren-Ausbau. Wenn wir das rasch und zielgerichtet umsetzen, dann ist es durchaus möglich, diese Ziele zu erreichen“ (Daniel Huppmann, IIASA). Gleichzeitig wird bei Nicht-Einhaltung der Ziele auf mögliche Strafzahlungen hingewiesen, die wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen könnten. Kritik kommt auch von NGOs wie Greenpeace, die den Entwurf als *„leere Hülle – ohne Zielpfad, ohne Ausstieg aus fossilen Energien, ohne klares Bekenntnis zur Klimaneutralität 2040“* bewerten.

SPOTLIGHT

Standortpolitik & Ökologisierung – zusammen, was zusammengehört?

Seit 2023 hat kein anderes Thema im Klimadiskurs so stark an Relevanz gewonnen wie die Verknüpfung von Standort- und Wirtschaftspolitik mit Klimapolitik. Der Diskurs ist überwiegend konstruktiv (ca. 60 % der Aussagen), aber etwas verschleppender als der Durchschnitt anderer Themenfelder.

Im konstruktiven Diskurs stehen häufig die wirtschaftlichen Potenziale der Ökologisierung im Mittelpunkt. Es wird betont, dass rechtzeitiges Handeln Zugewinne für Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Österreich oder in die Europäische Union bedeutet. Ein Beispiel ist der Ausbau von Zukunftstechnologien wie erneuerbaren Energieträgern: *„Investitionen in erneuerbare Energien seien eines der größten Wirtschaftsmotorpakete überhaupt – es kurble die Wirtschaft an und schaffe Arbeitsplätze. Jede Million, die wir investieren, generiert rund sechs Arbeitsplätze“* (Leonhard Schitter, Energie AG Oberösterreich). Auch politische Akteur:innen betonen diesen Zusammenhang: *„Es entstehen durch den Klimaschutz viele neue Wirtschaftszweige, neue Technologien, es entstehen viele neue Arbeitsplätze in diesem Bereich – also die berühmten Green Jobs. Das zeigt: Man kann ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit verbinden“* (Judith Püringer, Grüne). Neben neuen Potenzialen durch Zukunftstechnologien wird auch auf Vorteile für bestehende Industrien verwiesen, wenn diese ihre Produktionsprozesse umstellen. So wird etwa auch hier argumentiert, dass der Umstieg von fossilen auf elektrifizierte Lösungen die Versorgungssicherheit erhöht und Abhängigkeiten reduziert. Gleichzeitig warnen Expert:innen vor den Kosten des Nicht-Handelns, etwa durch Produktivitätsverluste, Wirtschaftseinbußen oder den Verlust an Marktpotenzialen und Marktmacht. Wird an fossilen Industrien und Technologien festgehalten, würden langfristige Standortnachteile geschaffen, die sich

kaum umkehren lassen. Ebenso brächten die physischen Auswirkungen der Klimakrise große Risiken für Wirtschaft, Produktivität, Lieferketten und die gesamte Gesellschaft. So wird etwa darauf hingewiesen, dass zunehmende Hitzeperioden erhebliche wirtschaftliche Folgen haben könnten: *„Hitzewellen könnten bis zum Jahr 2035 weltweit voraussichtlich zu jährlichen Produktivitätsverlusten in der Höhe von 2,4 Billionen US-Dollar führen. Gerade angesichts der aktuellen Diskussionen um Arbeitszeiten und Produktivität besteht hier Handlungsbedarf“* (Jasmin Gröschl, Allianz). Auch Ökonom:innen der Europäischen Zentralbank warnen vor möglichen Einbußen der Wirtschaftsleistung *„durch extreme Wetterlagen von bis zu fünf Prozent innerhalb von fünf Jahren“* (Frank Elderson, EZB).

Der verschleppende Diskurs zum Thema Standortpolitik fokussiert sich auf Ängste vor Veränderungen und kurzfristige wirtschaftliche Risiken. Im Verschleppungsdiskurs finden sich dabei ähnliche thematische Verknüpfungen wie im konstruktiven – allerdings mit anderen Ableitungen. Statt die Chancen neuer Technologien und Zukunftsmärkte zu betonen, rückt hier vor allem das Risiko eines Verlustes bestehender Industrien sowie kurzfristige wirtschaftliche Effekte in den Vordergrund. So werden etwa hohe Strompreise als Argument gegen eine rasche Elektrifizierung der Industrie angeführt. Nicht berücksichtigt wird dabei, dass fossile Energieträger (Öl und Gas) die Preise in die Höhe treiben. Je stärker die Stromproduktion dekarbonisiert wird, desto eher sinken die Preise. Umgekehrt unterliegen Industrien, die durch fossile Energieträger gespeist werden, einer immensen Abhängigkeit von deren Verfügbarkeit und auch massiven Preisschwankungen.

Auch Klimazölle oder das Auslaufen von Gratiszertifikaten innerhalb des ETS werden als Standortnachteil dargestellt, obwohl sie zum Ziel haben, bestehende Nachteile klimafreundlicher Produktion in Europa auszugleichen. Denn bei effizienter Ausgestaltung können sie dabei helfen, die qualitativ hochwertige und CO₂-arme Produktion Europas zu schützen, indem sie Marktverzerrungen ausgleichen. In einzelnen Fällen werden auch populistische Zuspitzungen verwendet, etwa wenn Klimaneutralität 2040

als „wohlstandsvernichtende Wichtigtuerei“ bezeichnet wird (Michael Raml, FPÖ).

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Ökologisierung immer enger mit wirtschafts- und industriepolitischen Fragen verknüpft wird. Während langfristige Chancen (Innovation, Arbeitsplätze, Unabhängigkeit) betont werden, dominieren im verschleppenden Diskurs kurzfristige Risikoframings. Eine verlässliche, langfristige EU-Standortpolitik ist daher entscheidend, um auf diese Sorgen zu reagieren, wirtschaftliche Potenziale der Ökologisierung zu nutzen und globale Abhängigkeiten zu reduzieren.

3.4. Technologien

Welche Technologien stehen im Fokus der Klimadebatte?

In mehr als der Hälfte aller Aussagen des Datensatzes wird ein konkreter Technologiebezug hergestellt – sei es zu spezifischen Technologien (etwa Antriebstechnologien, Stromnetze oder Heizsysteme) oder Energiequellen (fossil oder erneuerbar). Damit prägen Energiethemen und Elektrifizierung die Klimadebatte am stärksten.

Erneuerbare Energieträger nehmen mit 40 Prozent aller technologiebezogenen Aussagen den größten Raum ein. Wind-, Wasser- und Solarenergie dominieren die technologische Diskussion und sind damit fest im klimapolitischen Diskurs verankert (siehe Tabelle 6). Gemessen an allen Aussagen im Datensatz betrifft jede fünfte Aussage erneuerbare Energien – ein Indikator für ihre zentrale Rolle in der Ökologisierungsdebatte. Der überwiegend konstruktive Diskurs dreht sich dabei vor allem um die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus, mögliche Wege zur Beschleunigung sowie um potenzielle positive Effekte auf Preise, Reduktion von Abhängigkeiten und wirtschaftliche Entwicklungen (siehe Kapitel 3.3. – Thema Energie).

Auch fossile Energien – insbesondere Öl und Gas – bleiben ein häufiges Thema. Die Diskussion bleibt dabei jedoch vergleichsweise

allgemein: Häufig geht es um den „Ausstieg“ aus fossilen Energieträgern, aber auch um mögliche Zugewinne für regionale Wertschöpfung, wenn dieser gelingt. In spezifischeren Fällen beziehen sich die Aussagen etwa auf Investitionen in neue fossile Projekte, klimaschädliche Subventionen, fossile Importe, die Erreichung von Klimazielen oder auf die Dekarbonisierung der Stromproduktion.

Neben der Debatte um Energietechnologien ist auch die Diskussion um Technologien im Verkehrssektor hervorzuheben. Sie macht knapp ein Fünftel der technologiebezogenen Aussagen aus. Auf den gesamten Klimadiskurs umgelegt, lässt sich sagen, dass jede zehnte Aussage den Verkehrssektor betrifft. Thematisiert werden dabei vor allem Verbrennermotoren und Elektromobilität, in wenigen Fällen auch E-Fuels.

Ein weiteres zunehmend relevantes Thema sind Netze und Speichertechnologien, die in engem Zusammenhang mit dem Ausbau erneuerbarer Energien – insbesondere von Windkraft und Photovoltaik – stehen. Mit der steigenden Einspeisung erneuerbarer Energien wächst auch die Anforderung an die Stromnetze, was zusätzliche regulatorische und infrastrukturelle Anpassungen erfordert, um die Netzinfrastuktur effizient und zielgerichtet zu nutzen (Roniger & Manegold, 2025).

Technologien im Klimadiskurs	2025
Energiegewinnung	63 %
Erneuerbare Energien (Wind, Wasser, PV, Geothermie, etc.)	41 %
Fossile Energien (Öl, Gas, etc.)	22 %
Technologien im Verkehrssektor	18 %
Verbrenner	8 %
E-Mobilität	6 %
E-Fuels	3 %
Netze & Speicher	11 %
Sonstige	8 %
Wasserstoff	3 %
Wärmepumpen	1 %
CCS/CCU	2 %
Andere	2 %
Gesamt relativ	100 %
Gesamt absolut	321

Tabelle 6

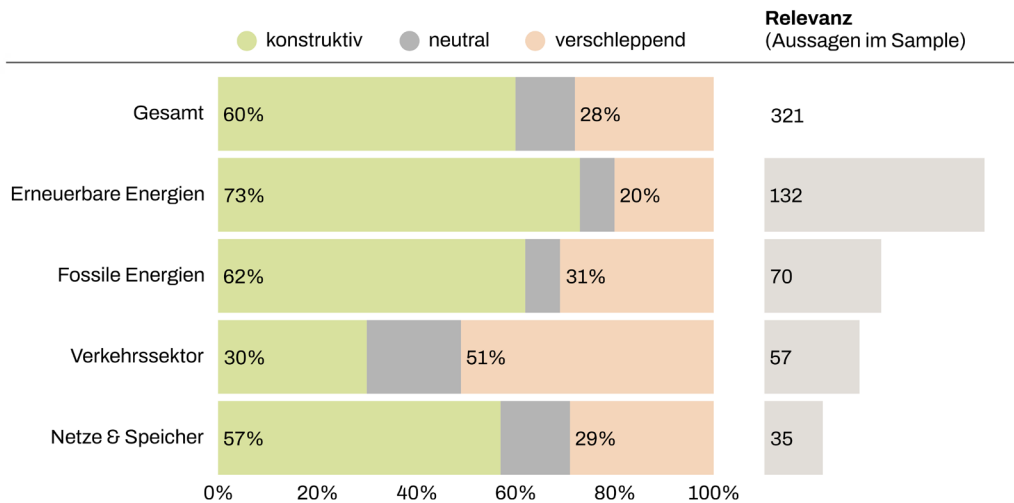
Welche Technologien werden konstruktiv vorangetrieben, wo wird verschleppt?

Die Debatte um erneuerbare Energieträger ist mit rund drei Vierteln konstruktiver Aussagen überwiegend konstruktiv geprägt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Notwendigkeit und Gestaltungsmöglichkeiten ihres Ausbaus sowie die damit verbundenen Vorteile. Diskutiert werden unter anderem die positiven Effekte auf Energiepreise durch mehr Erneuerbare im Energiemix, höhere Versorgungssicherheit durch Importunabhängigkeit und damit allgemeine wirtschaftliche Stabilität. Gleichzeitig werden Chancen für Innovation, neue Technologien und Arbeitsplätze – sogenannte „Green Jobs“ – hervorgehoben. Auch die langfristige Reduktion von CO₂-Emissionen wird immer wieder hervorgehoben. Die Debatte zeigt damit, dass erneuerbare Energieträger sowohl als zentraler Hebel der Energiewende als auch als Treiber ökologischer und ökonomischer Vorteile wahrgenommen werden.

Demgegenüber ist der Diskurs rund um Verkehrstechnologien überdurchschnittlich häufig (51 %) verschleppend (siehe Grafik 3). Im Zusammenhang mit Verbrennungsmotoren dominieren etwa Forderungen nach Lockerungen beim geplanten Abgas-Ende bis 2035 auf EU-Ebene, oder die propagierte Nutzung von E-Fuels – obwohl diese für den PKW-Verkehr äußerst ineffizient, teuer und nicht in ausreichenden Mengen verfügbar sein werden (Frühwald et al., 2024). Auffällig ist dabei auch die häufig populistische und emotionalisierende Tonalität. So wird das Abgas-Ende beziehungsweise das damit verbundene gemeinsame Ziel der EU etwa als ein „großer Fehler“ (Roman Haider, FPÖ) oder gar als „ideologischer Fehler“ (Manfred Weber, EVP) bezeichnet. Solche Framings stellen notwendige Transformationsschritte fälschlich als ideologisch motiviert dar. Auch Aussagen wie „EU-Flottenziele dürfen nicht zu einem Technologieverbot führen“ (Wolfgang Hattmannsdorfer, ÖVP) stellen Sachverhalte falsch dar, denn die Flottenziele schließen keine Technologien aus, sondern stellen nur sicher, dass ab 2035 zugelassene Fahrzeuge keine Emissionen mehr produzieren dürfen. Hier wird mit der Angst vor

Verboten emotionalisiert. Demgegenüber werden mit „Technologieoffenheit“ Scheinlösungen propagiert, wie etwa die Anwendung von teuren und ineffizienten E-Fuels im privaten Autoverkehr (Frühwald et al., 2024). Auch die wenigen verschleppenden Aussagen zur Elektromobilität – bei insgesamt sehr kleiner Stichprobe von elf Aussagen – folgen diesem Muster. So wird etwa die derzeit noch nicht vollständig dekarbonisierte Stromproduktion als Argument genutzt, um Elektroautos als klimaschädlicher als Verbrenner darzustellen, was die wissenschaftliche Realität ignoriert. Die Verkehrsdebatte ist somit von Scheinargumenten sowie Verschleppungsstrategien geprägt.

Diskurs zu Erneuerbaren konstruktiv, bei Mobilität verschleppend



Anmerkung: Verkehrssektor = Verbrennermotoren, E-Mobilität, E-Fuels.
 Quelle: FORESIGHT (2026), Berechnungen KONTEXT, eigene Darstellung

Grafik 3

3.5. Politische Ebene

EU, Österreich oder global – auf welcher politischen Ebene werden Klimathemen diskutiert?

Fast alle Aussagen in der Stichprobe (90 %) lassen sich einer politischen Ebene zuordnen. Dabei wird entweder über Klimapolitik in Österreich, auf EU-Ebene, im internationalen oder globalen Kontext (einschließlich Österreich, etwa bei globalen Klimazielen oder internationalen Abkommen) oder über Klimapolitik in einzelnen anderen Ländern (Ausland) gesprochen.

Wie bereits in den vergangenen zwei Jahren dominiert auch diesmal die österreichische Klimapolitik den heimischen medialen Diskurs. Rund zwei Drittel aller Aussagen mit

räumlichem Bezug beziehen sich eindeutig auf Österreich (*siehe Tabelle 7*). Dieser Anteil bleibt im Vergleich zu den Vorjahren stabil.

Aussagen mit EU-Bezug sind im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen. Dies könnte unter anderem mit der im Jahr 2024 stattfindenden EU-Wahl oder mit einzelnen EU-Gesetzen zusammenhängen, die im Vorjahr besonders intensiv diskutiert wurden, etwa dem Renaturierungsgesetz. Das Jahr 2024 scheint mit dem größeren Fokus auf EU-Themen also eher eine Ausnahme gewesen zu sein. Gleichzeitig hat der Anteil der Aussagen mit internationalem oder ausländischem Bezug zugenommen (zusammen 19 % gegenüber 13 % im Vorjahr). Damit wird wieder etwas häufiger über Klimapolitik außerhalb der Europäischen Union gesprochen.

Politische Ebenen im Klimadiskurs

	2023	2024	2025
Österreich	65 %	63 %	63 %
EU	12 %	24 %	18 %
international/global	18 %	7 %	9 %
Ausland	5 %	6 %	10 %
Gesamt relativ	100 %	100 %	100 %
Gesamt absolut	554	550	553

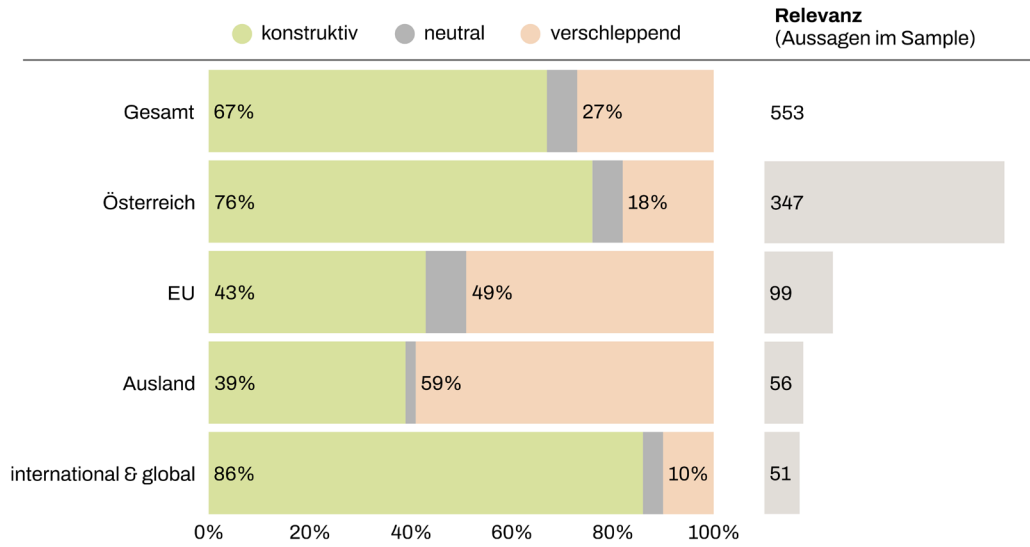
Tabelle 7

Auf welcher politischen Ebene wird konstruktiv diskutiert, wo wird verschleppt?

Im klimapolitischen Diskurs, der sich auf die EU-Ebene bezieht, wird überdurchschnittlich häufig (49 %) verschleppt. Im Vergleich zu Aussagen mit Bezug zu Österreich ist der Unterschied besonders groß (*siehe Grafik 4*). Im medialen Diskurs wird also vor allem dort gebremst, wo zentrale klimapolitische Entscheidungen getroffen werden: auf Ebene der Europäischen Union. Diese Dynamik hat sich

im Vergleich zum Vorjahr sogar noch verstärkt. Anteilig fallen im Vergleich zum letzten Jahr mehr Aussagen mit EU-Bezug in den Verschleppungsdiskurs. Ein noch auffälligeres Bild zeigt sich bei Aussagen mit Bezug zu Klimapolitik im Ausland. Diese fallen sogar noch stärker verschleppend (59 %) aus als der EU-Diskurs. Klimapolitik außerhalb Österreichs wird damit häufiger als Negativbeispiel herangezogen (*siehe Spotlight*).

Klimathemen in EU und Ausland werden häufiger verschleppt



Quelle: FORESIGHT (2026), Berechnungen KONTEXT, eigene Darstellung

Grafik 4

SPOTLIGHT

Welche internationalen Themen schlagen in Österreich auf?

Gemessen an allen Aussagen, die sich einer politischen Ebene zuordnen lassen, befassen sich rund neun Prozent mit Klimapolitik im Ausland. Ein ähnlich großer Anteil behandelt internationale Klimapolitik, die mehrere Länder oder die gesamte Welt betrifft, etwa globale Klimaziele oder internationale Klimakonferenzen. Zwischen diesen beiden Ebenen zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede im Diskurs.

Knapp 60 Prozent aller Aussagen zur Klimapolitik im Ausland enthalten verschleppende Argumentationsmuster. Dazu trägt vor allem die Berichterstattung über die USA und Deutschland bei. Auch in den Vorjahren war der mediale Diskurs über Klimapolitik im Ausland stark verschleppend. Österreichische Medien berichten demnach vorwiegend über Negativbeispiele aus dem Ausland. Eine zentrale Rolle spielte im Jahr 2025 die Berichterstattung über die USA und die Klimapolitik Donald Trumps. Thematisiert werden etwa der Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen, der Bau einer umstrittenen Ölpipeline sowie Aussagen, in denen der Klimawandel grundsätzlich infrage gestellt wird. Trump bezeichnet die Klimakrise als „*weltweit größten Betrug aller Zeiten*“ und schafft es damit auch in österreichische Medien. Auch Berichte über das Heartland Institute, das für Klimawandel-leugnung und die Verbreitung rechtsextremer Inhalte bekannt ist, kommen mit Aussagen gegen „*Klimabeschränkungen*“ in österreichischen Medien zu Wort. Diese Art der unkontextualisierten Desinformation trägt zur Verschleppung des Diskurses in Österreich bei und lässt die langfristigen Chancen und Zugewinne der Ökologisierung komplett außer Acht (*siehe Spotlight: Wettbewerbsfähigkeit*).

Eine ähnlich große Rolle im Verschleppungsdiskurs mit Bezug zur Klimapolitik im Ausland spielt Deutschland. Österreichs Nachbarland wird häufig als Vergleich herangezogen. So wird etwa

der Ausbau von Photovoltaik als „*enormer Stressfaktor für das Netz*“ beschrieben (Stefan Kapferer, 50Hertz/deutsches Netzbetreiberunternehmen). Dabei bleiben effiziente Nutzungsmöglichkeiten bestehender Netze und sowie die Notwendigkeit des Erneuerbaren-Ausbau unberücksichtigt (vgl. dazu Roniger & Manegold, 2025).

Darüber hinaus greifen österreichische Medien Positionen deutscher Parteien im Kontext des Bundestagswahlkampfes auf. Stark verschleppend argumentiert beispielsweise Sahra Wagenknecht, indem sie Klimaneutralität nur als erreichbar erachtet, „*wenn es bis dahin die nötigen Technologien gebe*“. Der Großteil der erforderlichen Technologien, die es dafür braucht, sind jedoch bereits marktreif und skalierbar (Frühwald et al., 2024). Vorenthalten wird dabei auch, dass Klimaneutralität neben der Skalierung bereits bestehender Lösungen auch einer effizienteren Energienutzung und Verbrauchsreduktion bedarf. Zusätzlich wird die deutsche Debatte um das Abgas-Ende auch von österreichischen Medien aufgegriffen – nicht zuletzt, weil sie Parallelen zur innenpolitischen Diskussion aufweist. Darüber hinaus wird über Schwierigkeiten bei Dekarbonisierungsmaßnahmen im Gebäudesektor berichtet, wo ebenfalls notwendige Vorschriften und feste Ausstiegsdaten abgelehnt werden.

Der konstruktive Klimadiskurs mit Bezug zum Ausland behandelt diverse Themenfelder. Berichtet wird unter anderem über Deutschland und dortige positive Beispiele der Strom- und Industrietransformation. Auch andere Positivbeispiele werden aufgegriffen, etwa die kohlenstoffarme Stahlproduktion in Schweden oder der stark voranschreitende Ausbau erneuerbarer Energien in Texas (USA) und China.

4. Fazit

Das Klimadiskurs-Monitoring 2026 ist die dritte systematische Analyse des medialen Klimadiskurses in Österreich. Anhand einer *Political Claims Analysis* wurde ermittelt, welche Akteursgruppen 2025 zu Wort kamen und welche Themen auf welche Art besprochen wurden. Ziel der Untersuchung ist es, Machtstrukturen im Klimadiskurs sichtbar zu machen und aufzuzeigen, ob mediale Aussagen klimapolitische Maßnahmen vorantreiben oder verschleppen – und damit potenzielle Einflüsse auf politische Entscheidungsprozesse zu identifizieren. Das Klimadiskurs-Monitoring 2026 offenbart dabei ein vielschichtiges Bild. Zwar wird der Diskurs insgesamt leiser, bleibt jedoch überwiegend konstruktiv. Rund drei Viertel aller Aussagen sind positiv konnotiert, und die Notwendigkeit des Handelns wird über alle Akteursgruppen hinweg weitgehend anerkannt.

Politiker:innen prägen den Klimadiskurs nach wie vor am stärksten (36 % aller Aussagen). Ihre Rolle ist jedoch differenziert. Während die Grünen in diesem Themenfeld als konstruktivste Partei hervortreten, verschleppt die FPÖ in fast allen Aussagen. Die ÖVP äußert sich zwar konstruktiv zu Energiethemen, verschleppt jedoch überdurchschnittlich durch wirtschaftspolitische Risikoargumente und Blockaden zentraler EU-Klimamaßnahmen. SPÖ und NEOS nehmen eine untergeordnete Rolle im Diskurs ein. Die Wissenschaft bleibt eine der wichtigsten konstruktiven Stimmen (18 % aller Aussagen, 92 % davon konstruktiv), während zivilgesellschaftliche Akteur:innen und Aktivist:innen an Sichtbarkeit verlieren. Unternehmen gewinnen stark an Einfluss in der Debatte und argumentieren verschleppender als andere Akteur:innen. Jedoch beteiligen sich insbesondere Unternehmen und Interessensvertretungen aus dem Energiebereich sehr konstruktiv.

Inhaltlich lassen sich folgende zentrale Dynamiken und thematische Schwerpunkte im Diskurs erkennen:

- **Energie ist das dominierende Thema** (34 % aller Aussagen) und wird überwiegend konstruktiv diskutiert. Die Debatte dreht sich um den Ausbau erneuerbarer Energien, Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Chancen.
- **Wirtschaftspolitik und Standortfragen gewinnen stark an Relevanz** (13 % aller Aussagen) und verzeichnen den größten Zuwachs unter den Themenfeldern seit 2023. Die Ökologisierung wird dabei einerseits als wirtschaftliche Chance und Notwendigkeit diskutiert. Andererseits dominieren im verschleppenden Diskurs kurzfristige Risikoframings und die Angst vor Veränderungen.
- **Mobilität ist das am stärksten verschleppte Thema** (52 % der Aussagen). Hier werden Scheinlösungen wie E-Fuels oder das Festhalten an Verbrennermotoren propagiert, während wissenschaftlich fundierte Maßnahmen und skalierbare Technologien (wie E-Mobilität) in den Hintergrund rücken.
- **Bei konkreten Technologien stehen erneuerbare Energien im Mittelpunkt** (41 % der technologiebezogenen Aussagen). Über den Ausbau von Windkraft, Wasserkraft und Photovoltaik wird dabei überdurchschnittlich konstruktiv gesprochen, während bei Technologien im Verkehrssektor häufig verschleppt wird.

Bezogen auf die politische Ebene zeigt sich, dass österreichische Klimapolitik den medialen Diskurs dominiert (63 % der Aussagen mit geografischem Bezug). Gleichzeitig wird bei EU-Themen und Aussagen, die das Ausland betreffen, überdurchschnittlich verschleppt. Besonders häufig werden die USA und Deutschland als Negativbeispiele für Klimapolitik herangezogen. Konstruktive internationale Beispiele – etwa aus Schweden oder China – bleiben dagegen unterrepräsentiert.

Insgesamt zeigt das Klimadiskurs-Monitoring 2025, dass die Klimadebatte zwar leiser wird und durch die geopolitische Lage Rückschläge erlebt. Gleichzeitig bleibt der Diskurs überwiegend konstruktiv. Die Notwendigkeit von Klimaschutz und insbesondere der Energiewende wird von fast allen relevanten Akteursgruppen anerkannt. Außerdem wird die Ökologisierung zunehmend zum Querschnittsthema und immer relevanter bei standort- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen. Das zeigt: Klimapolitik ist in Österreich kein Nischenthema mehr, sondern wird zunehmend zum relevanten Handlungsfeld, das langfristige politische Weichenstellungen erfordert.

5. Literaturverzeichnis & Appendix

Budgetdienst. (2026). Langfristige Budgetprognose 2025. Parlament Österreich, Parlamentsdirektion. <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/budget/BD-Langfristige-Budgetprognose-2025.pdf>

Frühwald, J., Maringer, F., Rogenhofer, K., Wendelin, W., & Pixner, A. (2024). [KON]KLUSIO #2: Technologieklarheit als Schlüssel zu einer wirksamen Klimapolitik. Trugbilder erkennen – am Beispiel von Verbrennermotor- und Heizdebatte. KONTEXT – Institut für Klimafragen. https://kontext-institut.at/uploads/202403_KONKLUSIO_Technologieklarheit-als-Schluessel-zu-einer-wirksamen-Klimapolitik.pdf

Jäger, S., Jäger, M., Wamper, R., & Nothardt, B. (2024). Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung (8., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage). Unrast Verlag.

Koopmans, R., & Statham, P. (1999). Political Claims Analysis: Integrating Protest Event and Political Discourse Approaches. *Mobilization: An International Quarterly*, 4(2), 203–221. <https://doi.org/10.17813/maiq.4.2.d759337060716756>

Lamb, W. F., Mattioli, G., Levi, S., Roberts, J. T., Capstick, S., Creutzig, F., Minx, J. C., Müller-Hansen, F., Culhane, T., & Steinberger, J. K. (2020). Discourses of climate delay. *Global Sustainability*, 3, e17. <https://doi.org/10.1017/sus.2020.13>

Roniger, J., & Manegold, E. (2025). [KON]KLUSIO #8: Zehn Schritte zur Energiefreiheit: So geht der effiziente und leistbare Umstieg auf saubere Energie. KONTEXT – Institut für Klimafragen. https://kontext-institut.at/uploads/Dateien/202505_KONKLUSIO_Zehn-Schritte-zur-Energiefreiheit_KONTEXT.pdf

Theine, H., & Regen, L. (2023). Mediendiskurse und - Strukturen. In: APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben (APCC SR Klimafreundliches Leben) [Görg, C., V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. Steininger und E. Aigner (Hrsg.)]. Springer Spektrum. <https://ssrn.com/abstract=4225480>

Wiedemann, T., & Lohmeier, C. (2019). Einleitung. Die Diskursanalyse für die Kommunikationswissenschaft fruchtbar machen. In T. Wiedemann & C. Lohmeier (Eds), *Diskursanalyse für die Kommunikationswissenschaft* (pp. 1–15). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-25186-4_1

Suchbegriffe für die Erstellung der Stichprobe:

Die für die Studie relevanten Medienbeiträge wurden mithilfe der folgenden Suchbegriffe von der AOM-Datenbank (www.aom.apa.at) der Austria Presse Agentur heruntergeladen:

(klima* or dekarb* or treibhaus* or erneuerbar* or fossil* or energietransform* or energiewend* or energiezukunf* or mobilitätswend* or verkehrswend* or co2* or “Zwei-Grad-Ziel” or energieeffizienz* or Reduktionspfad) and (sagt* or sagen or „man muss“ or „wir müssen“ or „wir fordern“ or „fordern wir“ or betont* or fordert* or begründet* or kritisier* or „sprechen sich“ or „sprachten sich“ or „spricht sich“ or zustimm* or ablehn* or verlautbar* or betueer*)

* dient als Platzhalter für beliebige Wortteile. Das bedeutet, „klima*“ sucht nach jeglichen Worten, die mit „klima“ beginnen: Klimakrise, Klimawandel, etc.

Autorin

Anna Pixier

Zitierhinweis:

Pixier, A. (2026). [KON]TEXTANALYSE #7:
Klima wird zur Wirtschaftsdebatte,
Klimadiskursmonitoring 2026.
In: KONTEXT – Institut für Klimafragen.

KONTEXT¹

Kontaktinformationen:

Liechtensteinstraße 55/8
1090 Wien

Homepage: <https://kontext-institut.at>

Email: info@kontext-institut.at